

Dr. Adolf Weiland, MdL
Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 5
40. Plenarsitzung, Mittwoch, 20. September 2017

„Landesgesetz zur Abschaffung des Pensionsfonds“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

20.09.2017

Anrede,

„Deckel drauf und nie mehr drüber reden“ - das ist das Motto und ist der sehnliche Wunsch, den die Landesregierung mit der Vorlage dieses Gesetzentwurfs zur Abschaffung des Pensionsfonds verbindet. Es ist der vorerst letzte Akt in einem Trauerspiel sozialdemokratischer Finanzpolitik in diesem Land. 21 Jahre lang haben sozialdemokratische Ministerpräsidenten, Finanzminister und Finanzstaatssekretäre, oft wider besseres Wissen, den **Pensionsfonds** als das „Non plus ultra“ ihrer Haushaltspolitik gepriesen.

21 Jahre lang hat meine Fraktion diesen Fonds immer als das kritisiert, was er immer war: ein Ballon voll heißer Luft, der immer dicker aufgeblasen wurde. Wir mussten bis vor den Verfassungsgerichtshof gehen, um ihn zum Platzen zu bringen. Dabei existierte und funktionierte der Pensionsfonds nie nur für sich alleine. Er war ganz bewusst tief eingewoben in das Netz komplexer, intransparenter **Finanztransaktionen** mit den Krediten und rund um die Kredite kleiner Häuslebauer. Wie die Spinne im Netz saß in der Mitte die PLP-Briefkastenfirma in Koblenz. Die soll jetzt mit entsorgt werden. Zwei weitere Firmen kamen hinzu.

Die eine, TeKaGe, wurde vor wenigen Jahren bereits wieder liquidiert. An der anderen Firma, die SRV GmbH&Co.KG mit Sitz in Saarbrücken, sind der Saarländische Sparkassen- und Giroverband, die Saarländische Landesbank und unsere PLP-Briefkastenfirma beteiligt. Die SRV wird möglicherweise auch nach der Liquidierung der PLP weiter existieren. Frage, die sich daraus ergibt: Warum ist man die Beteiligung der PLP überhaupt eingegangen, wenn deren Auflösung auf das Fortbestehen der SRV null Einfluss hat? Antwort der Landesregierung: Man hätte es auch anders machen können! Nun gut! Das wäre, wenn Sie es beherzigt hätten, ein gutes Motto gewesen für die ganzen Tricksereien mit dem und rund um den Pensionsfonds! Die Landesregierung hat es aber nicht anders gemacht.

Im Gegenteil: Bis zum Schluss, bis zur letzten Minute hat die Landesregierung an ihrem Geflecht weitergestrickt: Die Liquidation der TeKaGe, die Beteiligung an der SRV, bis hin zur Umgestaltung des Pensionsfonds mitten im Verfahren vor dem Verfassungsgericht.

Mit der Beantwortung unserer Großen Anfrage (Drucksache 17/3534) ist einiges deutlich geworden. Manches wurde nicht oder nur ausweichend beantwortet und muss noch dringend geklärt werden.

Auf unsere Frage (20.) z.B., welche Einnahmen aus Zins und Tilgung dem Land durch den Verkauf des Wohnungsbauvermögens entgangen sind, antwortet die Landesregierung: „Keine“. In anderen Zusammenhängen beziffert die Landesregierung die Belastungen des Landeshaushalts daraus aber je nach Jahr zwischen 100 und 110 Mio. € jährlich (Drucksache 17/1024).

Und die Frage ist doch wirklich berechtigt: In welchem Verhältnis steht der Einmal- Verkaufserlös zu diesen langfristigen Belastungen? Eine detaillierte und nachvollziehbare wirtschaftliche Bilanz der Transaktionen von 21 Jahren gibt es bisher nicht.

Was sich aus der Beantwortung unserer Großen Anfrage ergibt, ist:

Zwischen Landeshaushalt, Landeseinrichtungen und Landesfirmen wurden Vermögenswerte und Gelder hin und her geschoben, oder zumindest gebucht. Das einzig frische Geld ist möglicherweise von der ISB gekommen. Warum wurden dann aber unterschiedliche Firmen dazwischen geschaltet? Gab es Finanzströme von der ISB in den Landeshaushalt?

Die Landesregierung erklärt in der Antwort auf unsere Kleine Anfrage zur TeKaGe (Drucksache 17/4175, Frage 3), die ISB habe ihre Zahlungen im Rahmen ihres Gesellschaftszwecks zur Unterstützung der Wirtschafts- und Strukturpolitik geleistet. Das zu klären gehört z.B. zur rechtlichen Bilanz dieser 21 Jahre. Ohnehin drängt sich der Eindruck auf, dass selbst im Finanzministerium bis jetzt keiner so richtig durchschauen kann, was da in all den Jahren zusammengebastelt worden ist. Die an und für sich richtige und verfassungsrechtlich gebotene Abschaffung des Pensionsfonds kann nur dann der Anfang für eine ehrliche und transparente Haushaltsführung werden, wenn diese Zusammenhänge aufgearbeitet und die Schummelfinanzierungen endgültig unmöglich gemacht sind.

Vorher kann und sollte kein Parlamentarier diesem Gesetzentwurf zustimmen.